

BUNDESSATZUNG
der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ



Dokument:	Bundessatzung	
Version:	Geänderte Fassung	
Stand:	2020-10-17 / 41. Bundesparteitag	Gültigkeit: § 36 Bundessatzung
Versammlungsleiter:	Matthias Ebner, Stellvertreter: Evgueni Kivman	Diese Satzung ersetzt die Fassung vom 2019-11-09
Protokollführerin:	Aida S. Castaneda, Stellvertreter: Matthias Gottfried	

Anmerkung: Aus Gründen der Vereinfachung wird auch bei Amtsinhaberinnen die männliche Form verwendet.

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL

- § 1 NAME, LOGO, SITZ UND TÄTIGKEITSGEBIET
- § 2 ZWECK, ZIEL UND GRUNDKONSENS
- § 3 MITGLIEDSCHAFT UND ZUGEHÖRIGKEIT
- § 4 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER
- § 5 GLIEDERUNG DER PARTEI
- § 6 ORGANE DER PARTEI AUF BUNDESEBENE
- § 7 DER BUNDESPARTEITAG
- § 8 DIE AUFGABEN DES BUNDESPARTEITAGES
- § 9 ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESPARTEITAGES
- § 10 EINBERUFUNG DES BUNDESPARTEITAGES
- § 11 ANTRÄGE ZUM BUNDESPARTEITAG
- § 12 BESCHLUSSFÄHIGKEIT DES BUNDESPARTEITAGES
- § 13 DER BUNDESVORSTAND
- § 14 DIE AUFGABEN DES BUNDESVORSTANDES
- § 15 MÖGLICHE ORDNUNGSMASSNAHMEN
- § 16 DIE SCHIEDSGERICHTE DER PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- § 17 DER RAT DER LANDESVORSITZENDEN
- § 18 DIE AUFGABEN DES RATES DER LANDESVORSITZENDEN
- § 19 DIE KASSENPRÜFER
- § 20 DIE AUFGABEN DER KASSENPRÜFER
- § 21 DIE PROGRAMM- UND SATZUNGSKOMMISSION
- § 22 DIE AUFGABEN DER PROGRAMM- UND SATZUNGSKOMMISSION
- § 23 DIE ANTRAGSKOMMISSION
- § 24 DIE AUFGABEN DER ANTRAGSKOMMISSION
- § 25 DIE BUNDESARBEITSKREISE (BAKs)
- § 26 DIE AUFGABEN DER BUNDESARBEITSKREISE
- § 27 DIE BUNDESARBEITSGRUPPEN (BAGs)
- § 28 DIE AUFGABEN DER BUNDESARBEITSGRUPPEN
- § 29 WAHLORDNUNGEN
- § 30 PROTOKOLLE
- § 31 URABSTIMMUNG
- § 32 AUFLÖSUNG UND VERSCHMELZUNG
- § 33 NUTZUNGSBESTIMMUNGEN VON MITGLIEDER- UND MAILINGLISTEN
- § 34 ÜBERGANGSREGELUNGEN
- § 35 AUSLEGUNG DES PARTEIENGESETZES
- § 36 INKRAFTTRETEN

PRÄAMBEL

Die Satzung soll in der Verpflichtung auf gemeinsame Werte und auf gegenseitige Achtung und Toleranz eine effiziente Organisation innerhalb der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schaffen. Sie orientiert sich am Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland und an den Grundwerten unserer rechtsstaatlichen Ordnung.

Diese Satzung basiert auf Regeln, die demokratische Entscheidungsprozesse gewährleisten, eine aktive Beteiligung an der Parteiarbeit und die Mitbestimmung der Mitglieder bei Beschlüssen auf allen Ebenen ermöglichen, umfassende Transparenz sicherstellen, Kontrolle und Korrekturen zulassen und eine möglichst weitgehende Autonomie für alle Organe der Partei garantieren, jedoch eine Verselbstständigung gewählter Gremien und Organe der Partei verhindern. Sie fördert die Entwicklung einer solidarischen Gemeinschaft, in der die Freiheit des Einzelnen und die von Minderheiten beachtet werden.

Die Satzung soll allen Gremien und Organen der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ das Maß an Kompetenz und Rechtssicherheit geben, das für eine konstruktive politische Arbeit und für das Vorankommen der Partei unabdingbar ist.

SATZUNG

§ 1 NAME, LOGO, SITZ UND TÄTIGKEITSGEBIET

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ. Sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt sie den Zusatz e. V. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet Tierschutzpartei.

§ 1.2 Die Partei - der Bundesverband und alle nachgeordneten Gebietsverbände - führt ein einheitliches Logo: einen sechsfarbenen stilisierten Regenbogen mit dem Schriftzug PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, wahlweise mit oder ohne Kurzbezeichnung. Der Freiraum unterhalb des Wortes PARTEI kann für weitere Zusätze, die nicht Inhalt des satzungsgemäßen Namens sind (z.B. ergreifen!), verwendet werden.

§ 1.3 Landesverbände und nachgeordnete Gebietsverbände führen den Namen der Partei unter Zusatz ihrer Organisationsstellung. Dieser Zusatz ist nur an nachfolgender Position zulässig. In der allgemeinen Werbung und in der Wahlwerbung kann der Zusatz weggelassen werden.

§ 1.4 Sitz der Partei ist die Stadt Berlin.

§ 1.5 Das Tätigkeitsgebiet der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist die Bundesrepublik Deutschland.

§ 2 ZWECK, ZIEL UND GRUNDKONSENS

§ 2.1 Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes und wirkt auf dessen Grundlage. Sie strebt eine Erneuerung der Gesellschaft zum Wohle von Mensch, Tier und Umwelt an. Dies sollte durch die Teilnahme an Wahlen auf allen politischen Ebenen und durch Aufklärung im Sinne ihres Grundsatzprogramms geschehen, um die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland mit zu gestalten.

§ 2.2 Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ will auf der Grundlage einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Grundordnung auf die Politik in der Bundesrepublik Deutschland in Verantwortung für das Gemeinwohl und zum Wohle der nachfolgenden Generationen von Menschen und Tieren und im Interesse unserer gesamten Umwelt Einfluss nehmen und sich besonders für das Leben der Tiere einsetzen, um sie vor fahrlässiger oder vorsätzlicher Zufügung von physischen und psychischen Schmerzen oder Schäden durch Menschenhand und vor der spezieistischen Grundhaltung des Menschen zu schützen.

Dementsprechend sind ihre programmatischen und politischen Ziele im Bewusstsein der Verantwortung für die gegenwärtigen und kommenden Generationen, für die Erhaltung der Natur in ihrer Vielfalt sowie für den Schutz der Tiere und der Durchsetzung der ihnen zustehenden Rechte formuliert.

§ 2.3 Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich bewusst für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein. Sie will den Sozialabbau, die Ausgrenzung bzw. Diskriminierung von Menschen verhindern und stattdessen die Voraussetzungen für faire Chancen und die Gleichstellung für alle Mitbürger schaffen.

§ 2.4 Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ gestaltet die politische Willensbildung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie gesellschaftspolitische Aufklärungsarbeit betreibt, um damit auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss zu nehmen. Sie fördert die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben und sollte sich an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie an der Europawahl durch die Aufstellung von Bewerbern beteiligen.

§ 2.5 Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ legt ihre grundsätzlichen Werte, Ziele und politischen Leitsätze in einem Grundkonsens (Grundsatzprogramm) nieder. Änderungen des Grundsatzprogramms bedürfen der absoluten Mehrheit auf einem Bundesparteitag. Rechtschreibkorrekturen des Grundsatzprogramms ohne Veränderungen der jeweiligen Aussagen können hingegen jederzeit durch Beschluss des Bundesvorstands und ohne Beschluss des Bundesparteitags erfolgen.

§ 2.6 Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ verwendet ihre finanziellen Mittel ausschließlich für die ihr nach dem Parteiengesetz obliegenden Aufgaben.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT UND ZUGEHÖRIGKEIT

§ 3.1 Mitglied der Partei kann jede natürliche Person werden, die Satzung und Programm der Partei anerkennt und nach innen und außen vertritt. Mitglied kann nur werden, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder seinen ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, mindestens 16 Jahre alt ist und nicht durch Richterspruch die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat. Die Vorstände der Gebietsverbände können Jugendorganisationen für unter 16-Jährige installieren.

§ 3.2 Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen deutschen Partei, sowie die Mitgliedschaft in einer freien Wählervereinigung, das Mitwirken in einer Wählervereinigung oder in einer Vereinigung, die grundsätzlich gegen die Interessen der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wirkt.

§ 3.3 Unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist jede Tätigkeit, die - beginnend mit dem Zeitpunkt des Eintritts in die Partei - gegen die Wertvorstellungen, die Ziele und politischen Leitsätze des Grundsatzprogramms gerichtet ist.

„Dies gilt insbesondere für gewerbsmäßige Tätigkeiten und mindestens für die Ausübung folgender Tätigkeiten:

1. Schlachten
2. Agrarindustrielle Tierhaltung
3. Tierversuche
4. Tierzucht
5. Tierquälerei im Sinne des Strafgesetzbuchs
6. Hetze gegen Flüchtlinge oder generell gegen Menschen auf Grund von Herkunft, Kultur, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderungen“

§ 3.4 a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Mitgliederverwaltung oder anderen Organen der Partei beantragt. Nach Erfassung, Vorprüfung und Weiterleitung des Mitgliedsantrags durch die Mitgliederverwaltung an den für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand entscheidet dieser – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – innerhalb einer Woche nach Eingang und abschließender Prüfung, über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu einen Monat verlängert werden. Geht innerhalb einer Woche keine Rückmeldung des zuständigen Landesverbands bei der Mitgliederverwaltung ein, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen.

b) Die Mitgliedschaft tritt in Kraft, sobald sowohl der Mitgliedsausweis ausgehändigt als auch der erste Beitrag bezahlt wurde. In Ausnahmefällen kann der Bundesvorstand auf Antrag des Mitglieds das Inkrafttreten der Mitgliedschaft ohne vorherige Beitragszahlung verfügen. Die erste Beitragszahlung hat bei Mitgliedern ohne Lastschrifteinzug oder, wenn dies vom Bundesvorstand beschlossen und auf dem Mitgliedsantrag kommuniziert wird, rechtzeitig ohne weitere Aufforderung zu erfolgen. Ansonsten wird der erste Beitrag wie alle folgenden eingezogen. Für den Einzug, die Erfassung der Beträge sowie alle sonstigen finanziellen Angelegenheiten ist die Bundesschatzmeisterei zuständig.

c) Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet. Die Entscheidung in Zweifelsfällen obliegt grundsätzlich dem Bundesvorstand. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden. Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags.

§ 3.8 Bereits vollzogene Aufnahmeentscheidungen können im Falle vorsätzlich falscher Angaben oder des Verschweigens entscheidungsrelevanter Umstände im Antragsformular oder an anderer Stelle auf Antrag des zuständigen Landesvorstands oder des Bundesvorstand durch das Bundesschiedsgericht jederzeit widerrufen werden.

§ 3.10 a) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt nach § 3.10 b), Stornierung nach § 3.12, Ausschluss, Widerruf nach § 3.8 oder Tod.

b) Der Austritt kann jederzeit erfolgen, muss schriftlich gegenüber der Mitgliederverwaltung per E-Mail oder Briefpost erklärt werden und bedarf keiner Begründung. Die Pflicht zum Entrichten eines Mitgliedsbeitrages entfällt ab (einschließlich) dem Tag der Wirksamkeit des Austritts; die Pflicht zum Entrichten des Mitgliedsbeitrages für den vorherigen Zeitraum bleibt unberührt. Die noch nicht ausgeglichene Beitragsschuld ist zeitnah nach dem Austritt entsprechend der gewählten Zahlungsart durch Lastschrift oder Überweisung zu begleichen. Für bereits gezahlte Beiträge besteht kein Anspruch auf Rückzahlung.

§ 3.12 Wird bei einem Zahlungsverzug von über einem Jahr – trotz zweimaliger Aufforderung durch die Bundesschatzmeisterei unter Angabe einer Frist und dem Hinweis auf den Verlust der Mitgliedschaft – der Beitragsrückstand nicht beglichen, erfolgt die Stornierung der Mitgliedschaft durch die Mitgliederverwaltung. Die Stornierung der Mitgliedschaft wird dem Mitglied in Schriftform per Einschreiben durch die Mitgliederverwaltung mitgeteilt und ist wirksam, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen beim Bundesschiedsgericht der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schriftlich Einspruch eingelegt wird. Im Falle eines Einspruchs ruhen, bis zur Klärung durch die zuständigen Gremien (Bundesschiedsgericht, Landes- und Bundesvorstand), alle Rechte aus der Mitgliedschaft.

§ 3.13 Umzüge von Mitgliedern sind umgehend der Mitgliederverwaltung mitzuteilen.

§ 3.14 a) Die Mitgliedschaft in der Tierschutzpartei ist gleichbedeutend mit der Mitgliedschaft im Bundesverband der Tierschutzpartei. Alle Mitglieder von zu einem übergeordneten Gebietsverband (z. B. Landesverband) untergeordneten Gebietsverbänden (z. B. Kreisverbänden) haben zwingend auch eine Mitgliedschaft in diesem übergeordneten Gebietsverband. Ein Mitglied eines Gebietsverbandes (z. B. Bundesverbandes) darf nicht gleichzeitig Mitglied in zwei verschiedenen ihm untergeordneten Gebietsverbänden (z. B. zwei verschiedenen Landesverbänden) Mitglied sein, wenn nicht einer dieser beiden dem anderen untergeordnet ist (wie das z. B. bei einem Landesverband und einem ihm untergeordneten Kreisverband der Fall wäre).

b) Ein Mitglied gehört in der Regel allen Gebietsverbänden an, in denen es seinen ersten Wohnsitz hat, und wird bei Umzügen in der Regel entsprechend neu zugeordnet. Auf Antrag des Mitglieds kann es in eine andere vertikale Kette von Gebietsverbänden aufgenommen werden bzw. trotz Umzuges dort verbleiben, wenn die Vorstände aller Gebietsverbände dieser Kette, in denen es (nach seinem Umzug) nicht seinen ersten Wohnsitz hat, zustimmen.

§ 3.16 Der Bundesverband kann Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für Menschen, Tiere oder Umwelt verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Über die Ernennung entscheidet der Bundesparteitag mit 2/3-Mehrheit.

§ 4 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

§ 4.1 Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Willensbildung der Partei mitzuwirken. Dies geschieht vor allem bei Bundesparteitagen, Landesparteitagen und in sonstigen Versammlungen und Gremien der Partei:

- a) durch Beteiligung an Beratungen, Abstimmungen, Wahlen und durch Anträge im Rahmen der Gesetze, der Satzung und sonstiger Parteiordnungen in den jeweiligen Parteiversammlungen,
- b) durch Beteiligung an der Aufstellung von Kandidaten für Partei-interne Wahlen sowie für Wahlen zu Volksvertretungen,
- c) durch Bewerbung um eine Kandidatur für Parteiämter sowie für Volksvertretungen.

§ 4.2 Die Mitglieder, die bereits in ein Gremium der Partei gewählt wurden, haben das Recht, für das gleiche Amt bzw. die gleiche Funktion beliebig oft zu kandidieren.

§ 4.3 (1) Die Mitglieder der Partei haben einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird durch den Bundesparteitag festgelegt. Näheres regelt die Bundesfinanzordnung, welche durch den Bundesparteitag beschlossen wird.

(2) Jedes Mitglied hat die Pflicht,

- a) die im Grundsatzprogramm der Partei dargelegten wesentlichen Inhalte und Ziele zu vertreten,
- b) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesvorstandes sowie des Landesparteitages / der Mitgliederversammlung und des Gebietsvorstandes, dem es angehört, anzuerkennen,
- c) den Mitgliedsbeitrag pünktlich zu entrichten.

§ 4.4 Die Mitglieder sind verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern, sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet.

§ 4.5 Die Mitglieder der Schiedsgerichte der Partei sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit über die ihnen in Ausübung ihres Amtes bekannt gewordenen Tatsachen und über die Beratung auch gegenüber Parteimitgliedern verpflichtet.

§ 4.6 Sämtliche Amtsträger der Partei sind zur Verschwiegenheit – auch nach Beendigung ihres Amtes – verpflichtet, sofern es sich um Partei-interna handelt, deren Verbreitung zu einem materiellen Schaden oder zu einem Ansehensverlust in der Öffentlichkeit führen kann.

§ 4.7 Die Mandatsträger in den parlamentarischen Vertretungen auf allen politischen Ebenen sollten generell mindestens 10% ihrer regulären Aufwandsentschädigungen/Diäten der Partei zur Verfügung stellen. Davon erhält der Landesverband, dem der Mandatsträger angehört bzw. der Gebietsverband unterhalb der Landesebene, für dessen politische Ebene man Mandatsträger ist, 50% der Abgabe, der Bundesverband erhält die restlichen 50%.

§ 4.8 Um eine angemessene Präsentation der Partei in der Öffentlichkeit zu gewährleisten, sind die Gebietsvorstände und ihre aktiven Mitglieder verpflichtet,

- a) ihre Info-Stände und die grafische Gestaltung ihrer Druckerzeugnisse dem „corporate design“ der Partei (Partei-Logo, Geschäftspapiere, Werbemittel, Internetauftritt, Kommunikationsmittel usw.) weitgehend anzupassen,

- b) bei ihrer Internet-Präsenz Mindeststandards bezüglich der Aktualität und der „corporate identity“ (Wiedererkennungswert im Erscheinungsbild der Web-Seiten) zu gewährleisten,
- c) Druckerzeugnisse, die im Namen der Partei erstellt werden und/oder mit Partei-Logo versehen sind, mit der Bundesarbeitsgruppe „PR & Wahlen“ gemeinsam abzustimmen.

§ 4.9 Der Mitgliedsbeitrag ist eine Bringschuld. Er ist jährlich, halbjährlich oder, wenn nach Bundesvorstandsbeschluss angeboten, monatlich zu entrichten. Die in der Finanzordnung enthaltene Beitragsregelung kann eine abweichende Regelung für die Erstzahlung bestimmen.

§ 4.10 Die Höhe des Beitrages setzt der Bundesparteitag fest. Auch können durch dieses Gremium ermäßigte Beitragssätze (z. B. für Rentner, Jugendliche oder Arbeitslose) festgelegt werden.

§ 4.13 Mitglieder, die aufgrund ihres Amtes Zugang zu Parteigeldern haben, müssen dem Bundesvorstand bzw. der Bundesschatzmeisterei auf Anforderung des Parteipräsidiums ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Das Bundespräsidium hat das Recht, Kreditauskünfte nach Rücksprache einzuholen.

§ 5 GLIEDERUNG DER PARTEI

§ 5.1 Die Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ gliedert sich in den Bundesverband und in nachgeordnete Gebietsverbände (Landesverbände, Kreisverbände usw.). Diese können mit Zustimmung des nächsthöheren Gebietsverbandes gebildet werden.

§ 5.2 Die Gebietsverbände können sich im Rahmen dieser Satzung und der gesetzlichen Bestimmungen (Parteiengesetz) eigene Satzungen geben. Diese dürfen den Satzungen ihrer übergeordneten Gebietsverbände nicht widersprechen.

§ 5.3 Gebietsverbände, die über keine eigene vertikale Untergliederung verfügen, sind kraft Parteiengesetz verpflichtet, ihre „Landesparteitage“ als Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenversammlung zu bezeichnen.

§ 5.4 Gebietsverbände mit eigener vertikaler Untergliederung sind kraft Parteiengesetz verpflichtet, ihre Mitgliederversammlung oder Delegiertenversammlung als Parteitag (Landesparteitag) zu bezeichnen.

§ 5.5 Der räumliche Geltungsbereich der Gebietsverbände deckt sich mit dem der entsprechenden politischen Gliederung (z. B. Landtagswahlkreise). Davon abweichende Einteilungen bedürfen der Zustimmung des zuständigen Gebietsvorstandes.

§ 5.6 Jeder Gebietsverband muss aus mindestens 3 Mitgliedern bestehen.

§ 5.7 Die Gründung eines nachgeordneten Gebietsverbandes bedarf der schriftlichen Zustimmung des Bundesvorstandes nach Anhörung des zuständigen Landesverbandes.

§ 5.8 Wenn der Vorstand eines untergeordneten Gebietsverbandes zurücktritt, abgesetzt wird oder aufgrund des Parteiengesetzes als handlungsunfähig gilt, übernimmt das Präsidium des übergeordneten Verbandes kommissarisch so lange die Geschäftsführung, bis ein neuer Vorstand gewählt worden ist. Ob Handlungsunfähigkeit vorliegt, wird vom übergeordneten Gebietsvorstand durch einfache Mehrheit festgestellt. Der bisherige Vorstand haftet trotzdem und über den Zeitpunkt des Rücktritts hinaus für die von ihm verursachten Mängel oder Unregelmäßigkeiten.

§ 5.9 Ein - einem Landesverband untergeordneter - Gebietsverband, der 2 Jahre ohne regulären Vorstand ist, kann durch den übergeordneten Gebietsvorstand aufgelöst werden. Die Auflösung eines Gebietsverbandes bedarf der Zustimmung des Bundesvorstandes und der Bestätigung durch den darauf folgenden Bundesparteitag.

§ 5.10 Wenn ein untergeordneter Gebietsverband aufgelöst worden ist, wird sein Vermögen dem übergeordneten Gebietsverband übertragen.

§ 5.11 Das Klagerecht für die Partei liegt beim Bundesvorstand.

§ 5.12 In Ausnahmefällen kann das Klagerecht auf Antrag nachgeordneten Gebietsvorständen übertragen werden.

§ 6 ORGANE DER PARTEI AUF BUNDESEBENE

§ 6.1 Die Organe der Partei auf Bundesebene sind:

- a) der Bundesparteitag,
- b) der Bundesvorstand,

- c) das Bundespräsidium,
- d) das erweiterte Bundespräsidium,
- e) die Finanzkommission des Bundesverbandes,
- f) das Bundesschiedsgericht,
- g) das Schiedsgericht der Landesverbände,
- h) der Rat der Landesvorsitzenden,
- i) die Kassenprüfer,
- j) die Bundeskommissionen (Satzungs-, Programm-, Antragskommission),
- k) die Bundesarbeitskreise
- l) die Bundesarbeitsgruppen (BAGs).

§ 6.2 Beschlussfähigkeit der Organe:

- a) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden.
- b) Der Bundesparteitag in Form eines Delegiertenparteitages ist beschlussfähig, wenn die Delegierten ordnungsgemäß eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist. Die „geborenen“ Stimmberechtigten, das heißt kraft ihres Amtes Stimmberechtigten, dürfen nicht mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl der stimmberechtigten Anwesenden ausmachen.
- c) Der Bundesvorstand, das Bundespräsidium und das erweiterte Bundespräsidium sind bei ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist oder das Gremium nach den Richtlinien ihrer Geschäftsordnung beschlussfähig ist,
- d) Die gleiche Regelung gilt für die Bundeskommissionen.
- e) Das Bundesschiedsgericht und das Schiedsgericht der Landesverbände sind entsprechend der Schiedsordnung beschlussfähig.

§ 6.3 Sinngemäß gilt § 6.2 auch für die nachgeordneten Gebietsverbände mit ihren Organen, deren Satzungen hierzu keine andere Regelung enthalten.

§ 7 DER BUNDESPARTEITAG

§ 7.1 Der Bundesparteitag ist das höchste Organ der Partei. Er kann abgehalten werden als Versammlung aller Mitglieder, als Delegiertenparteitag oder als Sonderparteitag.

§ 7.2 Der Bundesparteitag trifft seine Beschlüsse im Einklang mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Grundsatzprogramm, der Satzung und der geltenden Geschäftsordnung der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

§ 7.3 Die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder wählen in offener Abstimmung einen Versammlungsleiter und einen Schriftführer sowie einen Assistenten bzw. Vertreter für den Versammlungsleiter und für den Schriftführer, die gemeinsam die Beschlüsse beurkunden.

§ 7.4 Das Hausrecht übt der Versammlungsleiter aus. Bis zur Wahl des Versammlungsleiters üben die Parteivorsitzenden einzeln oder gemeinsam das Hausrecht aus.

§ 8 DIE AUFGABEN DES BUNDESPARTEITAGES

§ 8.1 Die Aufgabe des Bundesparteitages, Sonderparteitages oder des Delegiertenparteitages ist die Beschlussfassung über:

- a) die Satzung und das Programm der Partei,
- b) den Rechenschaftsbericht und die Entlastung des Bundesvorstandes,
- c) die Regelung des Finanzhaushalts und die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
- d) die Schiedsordnung des Bundesschiedsgerichts und des Schiedsgerichts der Landesverbände,
- e) zum Parteitag eingebrachte Anträge,
- f) die Bildung von Bundesarbeitskreisen,
- g) die Bildung von Kommissionen auf Bundesebene,
- h) die Wahlordnung und die Entscheidung zur Beteiligung an Wahlen sowie ggf. zur Aufstellung gemeinsamer Listen mit anderen Parteien gemäß den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen,
- i) die vorzeitige Abwahl von Mitgliedern des Bundesvorstandes,
- j) die Auflösung von Gebietsverbänden und Parteiorganen nach ergangenem Urteil des Bundesschiedsgerichts,
- k) die Verschmelzung mit einer anderen Partei,
- l) die Gründung von parteinahen Organisationen bzw. Institutionen,
- m) die Geschäftsordnung des Bundesparteitages,
- n) die Auflösung der Partei,

- o) die Durchführung von Urabstimmungen

§ 8.2 Die Aufgabe des Bundesparteitages, Sonderparteitages oder des Delegiertenparteitages ist außerdem die Wahl:

- a) des Bundesvorstandes,
- b) des Bundesschiedsgerichts,
- c) des Schiedsgerichts der Landesverbände,
- d) der Kassenprüfer,
- e) der Kandidaten für die Europawahl.

§ 9 ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESPARTEITAGES

§ 9.1 Teilnahmeberechtigt am Bundesparteitag - auch im Falle eines Delegiertenparteitages - sind alle Mitglieder der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ. Die stimmberechtigten Anwesenden erhalten Stimmkarten und Wahlzettel. Die Stimmkarten gelten als Legitimation für die Abstimmungen.

Mitglieder, deren Mitgliedsrechte vorübergehend durch die Entscheidung des Bundesvorstandes (§ 14.6) oder eines Parteischiedsgerichts ruhen, können von der Teilnahme durch Beschluss des Bundesvorstandes ausgeschlossen werden.

§ 9.2 Teilnahmeberechtigt am Bundesparteitag sind die Mitglieder der Bundesarbeitskreise, die, soweit sie nicht Mitglieder der Partei sind, als Gäste eingeladen werden.

§ 9.3 Teilnahmeberechtigt am Bundesparteitag sind sonstige Gäste. Ihre Teilnahme sollte dem Bundesvorstand bis spätestens 10 Werktage vor dem Bundesparteitag unter Angabe von Namen und Anschrift schriftlich mitgeteilt werden. Der Bundesvorstand entscheidet über die Zulassung der Gäste sowie ggf. die Zulassung von Pressevertretern.

§ 9.4 Ist ein Mitglied mit seinem Beitrag mehr als ein Jahr im Verzug, erlischt sein Recht auf Teilnahme an Bundesparteitagen und Sonderparteitagen. Im Falle der Zahlung des ausstehenden Beitrages (auch vor Ort) tritt das Recht auf Teilnahme wieder in Kraft.

§ 9.5 Das Rederecht von Gästen ist durch ein stimmberechtigtes Mitglied zu beantragen und bedarf der Zustimmung durch Mehrheitsbeschluss.

§ 9.6 Beläuft sich die Anzahl der Parteimitglieder auf über 750 Personen, kann der Bundesparteitag als Delegiertenparteitag abgehalten werden. Die Feststellung darüber erfolgt spätestens 3 Monate vor dem Termin des Bundesparteitages per Beschluss durch schriftliche Abstimmung (E-Mail, Brief oder Fax) unter Einhaltung einer Entscheidungsfrist von 3 Wochen durch die Landesvorstände und den Bundesvorstand. Alle Landesvorstände und der Bundesvorstand haben dabei gleiches Stimmrecht. Bei Stimmgleichheit findet kein Delegiertenparteitag statt.

§ 9.7 Die stimmberechtigten Mitglieder des Delegiertenparteitages sind:

- a) 1 Delegierter pro angefangene 50 Mitglieder (3 bis 50, 51 bis 100 usw.) eines Gebietsverbandes, der auf einem Landesparteitag oder auf einer Versammlung der Mitglieder des betreffenden Gebietsverbandes für die Dauer von bis zu 4 Jahren in geheimer Wahl gewählt wird,
- b) 2 Delegierte für jeden Landesverband, unabhängig von der Mitgliederzahl, die auf einem Landesparteitag oder auf einer Versammlung der Mitglieder des betreffenden Gebietsverbandes für die Dauer von bis zu 4 Jahren in geheimer Wahl gewählt werden,
- c) 1 Delegierter für jeden nachgeordneten Gebietsverband eines Landesverbandes, der auf einer Versammlung der Mitglieder des betreffenden Gebietsverbandes für die Dauer von bis zu 4 Jahren in geheimer Wahl gewählt wird,
- d) je 1 zusätzlicher Delegierter für diejenigen Gebietsverbände, die mit keinem Mitglied im Bundesvorstand vertreten sind. Dieser wird auf einem Landesparteitag oder auf einer Versammlung der Mitglieder des betreffenden Gebietsverbandes für die Dauer von bis zu 4 Jahren in geheimer Wahl gewählt,
- e) 2 Delegierte des Bundesvorstandes, die durch seine Mitglieder für die Dauer von bis zu 2 Jahren in geheimer Wahl gewählt werden,
- f) 1 Sonderdelegierter für die Beschäftigten der Geschäftsstellen des Bundesverbandes, der auf einem Bundesparteitag für die Dauer von bis zu 2 Jahren in geheimer Wahl gewählt wird,
- g) 1 Sonderdelegierter für die Bundesarbeitskreise, der auf einem Bundesparteitag für die Dauer von bis zu 2 Jahren in geheimer Wahl gewählt wird,
- h) Stimmberechtigt sind kraft ihres Amtes folgende Mitglieder des Bundesparteitages:
 - 1) die Bundesvorsitzenden (max. 3),
 - 2) der Vorsitzende des Finanzausschusses,
 - 3) der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts,
 - 4) der Vorsitzende des Schiedsgerichts der Landesverbände,
 - 6) der Vorsitzende des Rates der Landesverbände.

§ 9.8 Die Wahl der Delegierten der Gebietsverbände sowie die Wahl von bis zu 3 Ersatzdelegierten je Gebietsverband muss der Bundesgeschäftsstelle 8 Wochen vor einem Delegiertenparteitag schriftlich mitgeteilt werden. Es zählt das Datum des Poststempels oder des E-Mail-Eingangs. Erfolgt keine fristgerechte Mitteilung, sind die Delegierten von ihrem Stimmrecht ausgeschlossen.

§ 9.9 Für die Berechnung der Delegierten der Gebietsverbände gilt die Mitgliederliste der Beitrags- und Mitgliederverwaltung. Der Stichtag liegt 3 Monate vor dem Termin des Bundesparteitages. Die Bekanntgabe der Mitgliederzahl der Gebietsverbände erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle.

§ 9.10 Steigt die Zahl der stimmberechtigten Delegierten auf über 150 an, so wird auf Vorschlag des Bundesvorstandes ein neuer Berechnungsschlüssel bzw. eine neue Delegierten-Regelung beschlossen.

§ 9.11 Kann ein Delegierter sein Stimmrecht auf dem Parteitag nicht ausüben, so steht ihm das Recht zu, seine Stimme durch schriftliche Ermächtigung auf einen anderen Delegierten oder einen Ersatzdelegierten seines Landesverbandes zu übertragen. Dieser hat bei der Abgabe der ihm übertragenen Stimme nur seiner Einsicht und seinem Gewissen folgend zu votieren.

§ 9.12 Das Rederecht von Gästen ist durch einen stimmberechtigten Delegierten zu beantragen und bedarf der Zustimmung durch Mehrheitsbeschluss.

§ 9.13 Delegierten kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteilarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 9.14 Die Mitglieder des Delegiertenparteitages geben sich eine eigene Geschäftsordnung, die sich an der Geschäftsordnung der Bundesparteitage orientiert, jedoch die Besonderheiten eines Delegiertenparteitages berücksichtigt.

§ 9.15 Die Geschäftsordnung für Delegiertenparteitage ist auf einem Bundesparteitag zu beschließen.

§ 10 EINBERUFUNG DES BUNDESPARTEITAGES

§ 10.1 Der Bundesparteitag (ordentlicher, außerordentlicher Bundesparteitag, Sonderparteitag) findet mindestens ein Mal während eines Kalenderjahres statt.

§ 10.2 Der Termin für einen Bundesparteitag in Form eines Delegiertenparteitages muss durch den Bundesvorstand 3 Monate vorher bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung erfolgt mittels E-Mail, durch einen Hinweis in der Mitgliederzeitschrift und durch einen Hinweis auf der Bundeshomepage. Nicht auf diesem Wege erreichbare Mitglieder werden postalisch benachrichtigt.

§ 10.3 Sonderparteitage können aufgrund anstehender wichtiger Entscheidungen (Änderung der Satzung, Änderung des Grundsatzprogramms usw.) einberufen werden.

§ 10.4 Ein Sonderparteitag muss unverzüglich einberufen werden, wenn dies unter Angabe von Gründen schriftlich beantragt wird:

- a) vom Bundesvorstand mit 2/3-Mehrheit
oder
- b) von mindestens 5 Landesvorständen
oder
- c) von mindestens zwei Drittel der Delegierten für den Bundesparteitag mit Unterschrift
oder
- d) von mindestens 20 Prozent der Mitglieder mit Unterschrift.

§10.5 Die Terminsetzung und die Einberufung des Bundesparteitages und etwaiger Sonderparteitage obliegen dem Bundesvorstand. Die Einladung hat mit einer Frist von mindestens 3 Wochen unter Beifügung der vorläufigen Tagesordnung schriftlich durch die Bundesgeschäftsstelle zu erfolgen. Im Regelfall wird sie per Post verschickt. Auf Wunsch des jeweiligen Mitglieds wird sie diesem jedoch nur per E-Mail geschickt. Die relevanten zusätzlichen Parteiunterlagen, dazu gehört auch immer das Protokoll des vorangegangenen Bundesparteitages werden schriftlich durch die Bundesgeschäftsstelle, wenn eine E-Mail-Adresse bekannt ist, per E-Mail-Anhang (PDF-Dateien) oder Link zu einem Cloud-Speicherplatz an die stimmberechtigten Mitglieder des Bundesparteitages verschickt. Wenn keine E-Mail-Adresse bekannt ist, können die betreffenden Mitglieder die Unterlagen bei der Bundesgeschäftsstelle kostenlos anfordern. Zusätzlich sind genügend Exemplare der relevanten Parteiunterlagen den anwesenden Mitgliedern auf dem Bundesparteitag zur Verfügung zu stellen.

§ 10.6 Wird ein Bundesparteitag in Form eines Delegiertenparteitages durchgeführt, so erhalten nur die Vorstände aller Gebietsverbände und die stimmberechtigten Delegierten fristgerecht die Einladung unter

Beifügung der vorläufigen Tagesordnung einschließlich aller Anträge und sonstiger relevanter Parteiunterlagen per Post oder E-Mail. Es zählt das Datum des Poststempels bzw. des E-Mail-Eingangs.

§ 10.7 Im Falle eines Delegiertenparteitages wird der Termin des Bundesparteitages für die nicht stimmberechtigten Parteimitglieder auf der Homepage des Bundesverbandes, durch Partei-interne E-Mail-Verteiler und in der Parteizeitschrift bekannt gegeben. Alle relevanten Unterlagen (Tagesordnung, Anträge usw.) für den Bundesparteitag erhalten die nicht stimmberechtigten Parteimitglieder vor Ort.

§ 10.8 In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist für einen Sonderparteitag auf 2 Wochen verkürzt werden; darüber entscheidet der Bundesvorstand. Eine Frist von 2 Wochen muss in jedem Fall eingehalten werden.

§ 11 ANTRÄGE ZUM BUNDESPARTEITAG

§ 11.1 Anträge zum Bundesparteitag können stellen:

- a) mindestens 10 Parteimitglieder gemeinsam mit Unterschrift,
- b) der Bundesvorstand,
- c) alle nachgeordneten Gebietsvorstände,
- d) jeder Landesparteitag (Mitgliederversammlung eines Gebietsverbandes),
- e) jeder Kreisparteitag,
- f) die Parteischiedsgerichte.

§ 11.2 Alle Anträge gemäß § 11.1 müssen behandelt werden, solange sie inhaltlich nicht gegen das Parteiengesetz, die Parteisatzung, das Grundsatzprogramm oder geltendes Recht verstoßen und den Partei-internen formalen Regeln der Antragsstellung genügen: Aus dem Antrag muss die Person des Antragstellers eindeutig hervorgehen; er muss den Antragsgegenstand eindeutig konkretisieren. Eine kurze Begründung muss darin enthalten sein. Der Antrag ist handschriftlich zu unterzeichnen. Die Namen der Antragsteller sind in Druckbuchstaben zu wiederholen; die Mitgliedsnummern der Antragsteller, die unterschrieben haben, sind daneben anzugeben.

§ 11.3 Zum Zweck der ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung des Bundesparteitages überprüft die Antragskommission die eingegangenen Anträge auf ihre formale und satzungskonforme Zulässigkeit (satzungsgemäßes Zustandekommen, Formfehler, Verstöße gegen das deutsche Parteiengesetz, Grundgesetz und sonstige Gesetze, inhaltliche Verstöße gegen Satzung und Grundsatzprogramm sowie unwahre oder rufschädigende Inhalte) und gibt dem Bundesparteitag eine der folgenden Empfehlungen zur Behandlung der Anträge:

- a) Abstimmung durch den Bundesparteitag mit Reihenfolge der Behandlung und eventuell mit einer Zeitvorgabe,
- b) Weiterleitung an die Programmkommission zwecks Bearbeitung,
- c) Weiterleitung an die Satzungskommission zwecks Bearbeitung,
- d) Weiterleitung an (zu benennende) Bundesarbeitskreise zwecks Bearbeitung,
- e) Nichtbefassung bzw. Nichtzulassung

§ 11.4 Initiativ-Anträge sind von dieser Regelung aus organisatorischen Gründen ausgenommen.

§ 11.5 Die Antragskommission hat das Recht, zu lange Begründungen auf ein angemessenes Maß zu kürzen. Dem Antragsteller und dem Bundesparteitag ist die vorgenommene Kürzung mitzuteilen.

§ 11.6 Die Antragskommission kann im Falle, dass ein Antrag gegen die Bundessatzung und das Grundsatzprogramm der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, gegen das deutsche Parteiengesetz und/oder Grundgesetz verstößt oder im Sinne des Parteiengesetzes parteischädigend ist oder nicht den Partei-internen formalen Regeln der Antragstellung genügen, die Nichtzulassung des Antrages zum Bundesparteitag beim Bundesschiedsgericht durch ein Eilverfahren beantragen. Dem Antragsteller und dem Bundesvorstand ist dies schriftlich mit Begründung umgehend (spätestens 3 Werkzeuge nach Feststellung) mitzuteilen.

§ 11.7 Das Bundesschiedsgericht überprüft die Feststellung der Antragskommission und muss in jedem Fall noch vor dem Bundesparteitag, zu dem der Antrag gestellt wurde, ein Urteil fällen.

§ 11.8 Gegen die Entscheidung des Bundesschiedsgerichts im Falle der Nichtzulassung eines Antrages kann der Antragsteller Einspruch bei der Berufungsinstanz einlegen. Diese überprüft den Fall erneut und fällt ein endgültiges Urteil. Gegen dieses Urteil kann der Antragsteller ein öffentliches Gericht anrufen.

§ 11.9 Damit Anträge zum Bundesparteitag den Bundesvorstand so rechtzeitig erreichen, dass sie in der Einladung Berücksichtigung finden können, müssen diese mindestens 4 Wochen vor einem Bundesparteitag per E-Mail oder postalisch der Bundesgeschäftsstelle zugehen. Die vorläufige Tagesordnung einschließlich der

eingereichten Anträge geht allen Parteimitgliedern nach Prüfung durch die Antragskommission mindestens 3 Wochen vor einem Bundesparteitag per E-Mail zu. Etwaige Abänderungs- bzw. Ergänzungsanträge zu Anträgen des Bundesvorstandes oder anderer Gebietsverbände müssen spätestens 2 Wochen vor dem Bundesparteitag bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen (Es zählt das Datum des Poststempels oder das Datum des E-Mail-Eingangs.). Sie werden den Parteimitgliedern gesondert zugesandt.

§ 11.10 Kosten für etwaige Abänderungs- bzw. Ergänzungsanträge zu eigenen, bereits eingereichten Anträgen, die nach der fristgerechten Versendung der Einladung einschließlich aller relevanten Unterlagen zum Bundesparteitag bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen - es zählt das Datum des Poststempels oder das Datum des E-Mail-Eingangs - werden dem antragstellenden Gebietsverband oder anteilig jenen Gebietsverbänden, die einen solchen gemeinsamen Antrag gestellt haben, berechnet.

§ 11.11 Für Sonderparteitage gelten sinngemäß die gleichen Regelungen, sofern gemäß § 10.8 die Ladungsfrist nicht auf 2 Wochen verkürzt wurde.

§ 11.12 Der Bundesvorstand kann Leitanträge bis spätestens 3 Wochen vor dem Bundesparteitag stellen. Leitanträge müssen sich auf aktuelle politische Themen oder Ereignisse beziehen. Sie werden zusammen mit den Änderungs- und Ergänzungsanträgen versandt.

§ 11.13 Initiativanträge können von mindestens 15 stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages gemeinsam mit Namen, Unterschrift, Mitgliedsnummer und Begründung gestellt werden. Sie müssen bei Zustimmung (relative Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder des Bundesparteitages) behandelt werden.

§ 11.14 Abwahl- und Nachwahanträge sowie Missbilligungsanträge gegen Personen, die vom Bundesparteitag zu wählen sind, sowie Satzungsänderungen, Auflösungs- und Verschmelzungsanträge können nicht Gegenstand von Initiativanträgen sein.

§ 11.15 Für nicht besetzte Funktionen im Bundesvorstand können auf Antrag geeignete Personen nachgewählt werden, sofern die demokratischen und wahlgesetzlichen Bestimmungen im Vorfeld eingehalten werden.

§ 11.16 Einzelne Bundesvorstandsmitglieder können beim Bundesparteitag auf Antrag abgewählt werden, wenn dieser Punkt ordnungs- und satzungsgemäß in der Tagesordnung aufgeführt wurde. Die Antragsberechtigung regelt § 11.1 dieser Satzung.

§ 11.17 Beschlüsse über die Änderung der vorläufigen Tagesordnung des Bundesparteitages bedürfen der relativen Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden.

§ 11.18 Anträge zur Geschäftsordnung sind in der Geschäftsordnung zum Bundesparteitag geregelt.

§ 11.19 Über die oben genannten Anträge zur Geschäftsordnung entscheiden die anwesenden Mitglieder mit relativer Mehrheit.

§ 11.20 Geschäftsordnungsanträge sind nach dem Ende eines Redebeitrages oder einer Abstimmung sofort durch den Versammlungsleiter zuzulassen.

§ 11.21 Im Übrigen bestimmt die Geschäftsordnung sowohl den Ablauf des Bundesparteitages als auch den des Sonderparteitages.

§ 11.22 Für die Regelungen des Verfahrens auf einem Bundesparteitag, der in Form eines Delegiertenparteitages stattfindet, gilt die Geschäftsordnung des Delegiertenparteitages.

§ 12 BESCHLUSSFÄHIGKEIT DES BUNDESPARTEITAGES

§ 12.1 Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurden.

§ 12.2 Wird ein Bundesparteitag in Form eines Delegiertenparteitages abgehalten, ist er beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Delegierten anwesend ist und die Stimmberechtigten kraft ihres Amtes nicht mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl der stimmberechtigten Anwesenden ausmachen.

§ 12.3 Wird ein Delegiertenparteitag während des Verlaufs der Sitzung beschlussunfähig, müssen die Versammlungsleiter dies verkünden und den Parteitag abbrechen; der weitere Fortgang kann als informelles Parteitreffen stattfinden.

§ 12.4 Bei Beschlussunfähigkeit eines Delegiertenparteitages müssen die Vorsitzenden des Bundesvorstandes binnen 30 Tagen den Termin eines erneuten Parteitages mit gleicher Tagesordnung bekannt geben. In diesem Fall sind sie nicht an die üblichen Ladungsfristen gebunden.

§ 13 DER BUNDESVORSTAND

§ 13.1 Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorstand; dieser besteht aus mindestens 4 und maximal 20 Mitgliedern. Die Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder sollte in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes und aller nachgeordneten Gebietsvorstände müssen mehrheitlich deutsche Staatsbürger sein.

Im Einzelnen besteht der Bundesvorstand aus:

1. bis zu 3 Bundesvorsitzenden,
2. dem Generalsekretär,
3. dem stellv. Generalsekretär,
4. dem Bundesschatzmeister,
5. dem stellv. Bundesschatzmeister,
6. dem Bundesschriftführer,
7. dem stellv. Bundesschriftführer,
8. dem Bundesgeschäftsführer,
9. maximal 10 Beisitzern.

§ 13.2 Alle Vorsitzenden, der Generalsekretär, der Schatzmeister, der Schriftführer und der Bundesgeschäftsführer bilden das Bundespräsidium der Partei.

§ 13.3 Das erweiterte Bundespräsidium umfasst alle Vorsitzenden, den Generalsekretär, den stellv. Generalsekretär, den Schatzmeister, den stellv. Schatzmeister, den Schriftführer sowie den stellv. Schriftführer.

§ 13.4 Den Mitgliedern des Bundesvorstandes kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 13.5 Die Mitglieder des Bundesvorstandes dürfen nicht in einer der Partei nahestehenden politischen Stiftung vergleichbare Ämter bekleiden.

§ 13.6 Um eventuellen parteipolitischen Problemen aus dem Weg zu gehen, sollen Parteiämter im Bundesvorstand und ein Mandat auf Bundes- bzw. Europaebene strikt voneinander getrennt sein. Mitglieder des Bundesvorstandes müssen nach der Wahl in das Europaparlament oder dem Erreichen eines Sitzes im deutschen Bundestag (ab dem jeweiligen Zeitpunkt des offiziellen Beginns der Legislaturperiode) ihr Bundesvorstandsamt niederlegen.

§ 13.7 Die Bundesvorstandswahl wird durch die Wahlordnung der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ geregelt, die Teil dieser Satzung ist.

§ 13.8 Tritt ein Bundesvorstand geschlossen zurück oder wird er handlungsunfähig (Ausscheiden des Präsidiums), so leiten die zurückgetretenen Mitglieder bzw. die verbliebenen Mitglieder kommissarisch die Geschäfte des Bundesverbandes bis zu einer Neuwahl. Die Anberaumung eines Bundesparteitages zur Neuwahl des Bundesvorstandes muss innerhalb einer Frist von längstens 6 Monaten erfolgen.

§ 13.9 Personen, die eigenständigen Zugang zu Parteigeldern oder Einblick in die Parteifinzen über die öffentlichen Rechenschaftsberichte hinaus erhalten sollen, müssen analog zu § 4.13 ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Für Ämter mit Funktionen der (stv.) Schatzmeisterei sowie der Kassenprüfung ist die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses zwingend. Liegt das Ende einer Haftstrafe innerhalb der letzten zehn Jahre, ist man für Ämter mit Funktionen nach Satz 2 nicht wählbar. Während einer bestehenden Amtsausführung muss ein polizeiliches Führungszeugnis nach Verlangen gemäß § 4.13 oder dieses Paragraphen unverzüglich vorgelegt werden und trifft eine Haftstrafe gemäß Satz 3 zu bzw. wird die die Vorlage des Führungszeugnisses verweigert ist jegliche Amtshandlung mit sofortiger Wirkung untersagt und das Amt zeitnah niederzulegen.

§ 14 DIE AUFGABEN DES BUNDESVORSTANDES

§ 14.1 Der Bundesvorstand repräsentiert und leitet die Bundespartei. Er führt deren Geschäfte nach Parteiengesetz, Satzung, Geschäftsordnung sowie nach den Beschlüssen des Bundesparteitages.

§ 14.2 Der Bundesvorstand unterstützt im Rahmen seiner personellen Möglichkeiten - unter Einbeziehung der ihm unterstellten Bundesarbeitskreise und Bundesarbeitsgruppen - die nachgeordneten Gebietsverbände, Parteiorgane und Einzelmitglieder mit Rat und Tat.

§ 14.3 Der Bundesvorstand beruft und entlässt die Mitglieder der Finanzkommission des Bundesverbandes. Der Bundesschatzmeister, der stellvertretende Bundesschatzmeister, der Bundesgeneralsekretär sowie ein Bundesvorsitzender müssen Mitglieder der Finanzkommission sein. Zudem gehört dieser jeder Landesschatzmeister an, es sei denn der jeweilige Landesvorstand delegiert ein anderes Landesvorstandsmitglied in die Finanzkommission.

§ 14.4 Der Bundesvorstand beruft und entlässt die Mitglieder bzw. Mitarbeiter der Redaktion des Partei-Magazins des Bundesverbandes. Es ist erwünscht, dass sich nachgeordnete Gebietsverbände an der Erstellung des Magazins beteiligen.

§ 14.5 Um die Ordnung der Partei aufrechtzuerhalten und Verstößen gegen Satzung und sonstige Parteiordnungen entgegenzuwirken, entscheidet der Bundesvorstand über Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern, nachgeordneten Gebietsverbänden und sonstigen Organen der Partei. Die im jeweiligen Fall anzuwendenden Ordnungsmaßnahmen sind im Anhang dieser Satzung (satzungsrelevante Ordnungen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz) sowie im Parteiengesetz geregelt.

§ 14.6 In Fällen, in denen eine schwere Schädigung der Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist und das Parteiinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert, können sowohl der zuständige Gebietsvorstand als auch der Bundesvorstand das Ruhen aller oder einzelner Rechte aus der Mitgliedschaft für längstens sechs Monate und/oder Amtsenthebungen für längstens sechs Monate anordnen.

§ 14.7 Die Auflösung und der Ausschluss nachgeordneter Gebietsverbände sowie die Amtsenthebung ganzer Organe derselben sind nur wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei zulässig. Bevor ein Gebietsverband jedoch aufgelöst wird, hat als Konfliktbewältigung die Amtsenthebung des jeweiligen Vorstandes zu erfolgen.

§ 14.8 Alles Weitere im Zusammenhang mit den unter § 14.6 und § 14.7 beschriebenen Sofortmaßnahmen regelt die Schiedsordnung der Schiedsgerichte der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

§ 14.9 Hat der Bundesvorstand eine Sofortmaßnahme gemäß § 14.6 gegen Mitglieder eines Vorstandes angeordnet oder gemäß § 14.7 ein Organ eines Gebietsverbandes abgesetzt, so sind die Mitglieder des betreffenden Gebietsverbandes darüber innerhalb von einer Woche per E-Mail und /oder Post (Poststempel) zu benachrichtigen.

§ 14.10 Die Mitglieder sind nach der Benachrichtigung verpflichtet, Beschlüsse des Bundesvorstandes, die sich aus der Sofortmaßnahme ergeben, anzuerkennen.

§ 14.11 Wenn der Vorstand eines untergeordneten Gebietsverbandes abgesetzt wurde, übernimmt der geschäftsführende Vorstand des übergeordneten Gebietsverbandes kommissarisch die Geschäftsführung. Der kommissarisch tätige Vorstand hat das Recht, Vertrauensleute aus dem betreffenden Gebietsverband zur Unterstützung bei dieser Aufgabe zu ernennen.

§ 14.12 In dringenden Fällen (Krankheit, eindeutige Handlungsunfähigkeit, schwerwiegende Verstöße gegen die Geschäftsordnung oder die Satzung der Partei) kann der Bundesvorstand in nachgeordneten Gebietsverbänden Versammlungen einberufen. Die Versammlungsleitung obliegt einem dazu bestimmten Mitglied des Bundesvorstandes.

§ 14.13 (1) Der Bundesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
(2) Eine Geschäftsordnung des Bundesvorstandes gilt so lange, bis sie vom Bundesvorstand aufgehoben oder geändert wird, auch über Neuwahlen des Bundesvorstandes hinaus.
(3) Jedes Mitglied des Bundesvorstandes kann beim Bundesvorstand eine Aufhebung oder Änderung der bisherigen Geschäftsordnung beantragen. Falls ein solcher Antrag eindeutig als Antrag nach § 14.13 (3) Bundessatzung bezeichnet wird, gilt die bisherige Geschäftsordnung des Bundesvorstandes nicht für diesen Antrag oder die Abstimmung darüber. Ein solcher Antrag ist angenommen, wenn innerhalb von 48 Stunden nach diesem Antrag mehr als die Hälfte der amtierenden Mitglieder des Bundesvorstandes für den Antrag gestimmt haben.

§ 14.14 Mindestens zwei Bundesvorsitzende – im Ausnahmefall (Urlaub, Krankheit, Rücktritt oder ähnliches) zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes (Präsidium) - vertreten die Bundespartei (Bundesverband) nach innen und außen und sind gemeinsam zeichnungsberechtigt nach § 26 BGB.

§ 14.15 Der Bundesvorstand fasst seine Beschlüsse mit relativer Mehrheit. Bei Stimmgleichheit haben die Bundesvorsitzenden doppeltes Stimmrecht.

§ 14.16 Für die laufenden Geschäfte ist der geschäftsführende Vorstand (Präsidium) zuständig.

§ 14.17 Für außergewöhnliche Entscheidungen, die über den alltäglichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, insbesondere solche von finanzieller Tragweite (über 2.000,- Euro), ist das erweiterte Präsidium zuständig (Entscheidungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Finanzordnung, Einstellungen und Entlassungen von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstellen und sonstige Personalentscheidungen, Entscheidungen über die allgemeinen Arbeitsabläufe in den Bundesgeschäftsstellen usw.).

§ 14.18 In besonders wichtigen Fällen (Prozessführungen, kostenpflichtige Rechtsgutachten, Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder oder Organe der Partei, Anträge an das Bundesschiedsgericht, Anträge zum Bundesparteitag, Entscheidungen über Aktionen bzw. Kampagnen des Bundesverbandes, Anberaumung von Bundesparteitagen oder deren Verschiebung usw.) entscheidet der gesamte Bundesvorstand.

§ 14.19 Nähere Regelungen über Entscheidungsfindungen und Abstimmungen werden in der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes bestimmt.

§ 14.20 Wichtige Beschlüsse des Bundesvorstandes, die die Gesamtpartei betreffen, sind in einer angemessenen Frist (spätestens 4 Wochen nach erfolgtem Beschluss) den Vorsitzenden der nachgeordneten Gebietsverbände und deren Stellvertretern schriftlich mitzuteilen.

§ 14.21 Der Bundesvorstand erstattet dem Bundesparteitag mindestens alle 2 Jahre einen Rechenschaftsbericht (Tätigkeitsbericht gemäß § 9 Abs. 5, PartG), der sich in einen politischen und finanziellen Teil gliedert. Letzterer obliegt dem Schatzmeister im Sinne von § 9 Abs. 5, PartG).

§ 14.22 Im finanziellen Teil des Rechenschaftsberichts hat der Vorstand über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die der Partei innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) zugeflossen sind, sowie über das Vermögen der Partei zum Ende des Kalenderjahres öffentlich Rechenschaft abzugeben. Außerdem ist die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder anzugeben. Der Rechenschaftsbericht muss gemäß § 23 Abs. 2 des Parteiengesetzes geprüft und bis zum 30. September des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht werden.

§ 14.23 Der finanzielle Teil des Rechenschaftsberichts enthält ferner eine Einnahme- und Ausgaberechnung sowie eine Vermögensaufstellung. Die Partei hat hierzu gemäß § 28 des Parteiengesetzes über ihre rechenschaftspflichtigen Einnahmen und Ausgaben sowie über ihr Vermögen Buch zu führen. Näheres legt die Finanzordnung fest, die vom Bundesparteitag beschlossen wird.

§ 14.24 Im politischen Teil des Rechenschaftsberichts gibt der Bundesvorstand dem Bundesparteitag Auskunft über die Arbeit der vergangenen zwei Jahre.

§ 14.25 Der politische Teil des Rechenschaftsberichts des Bundesvorstandes (allgemeine Parteiarbeit, Bundesvorstandsbeschlüsse, sofern sie von allgemeinem Interesse sind, Gründungen oder Auflösungen von Gebietsverbänden, verhängte Ordnungsmaßnahmen usw.) muss schriftlich fixiert werden. Jedes Mitglied hat das Recht, die Rechenschaftsberichte bei der Bundesgeschäftsstelle anzufordern.

§ 14.26 Der Bundesvorstand empfiehlt nach einem Entwurf des Finanzausschusses die Finanzordnung der Partei dem Bundesparteitag. Diese regelt die Höhe der Mitgliedsbeiträge, das Verfahren bei Beitragsrückstand, die Aufteilung der Einnahmen (Beiträge, Spenden, staatliche Mittel) zwischen dem Bundesverband und den Gebietsverbänden, den Verteilerschlüssel zur Aufteilung der Verwaltungs- und sonstiger Kosten, die Bezuschussung von Gebietsverbänden durch den Bundesverband bei Europa- und Bundestagswahlen sowie die Abgabepflicht für Mandatsträger der Partei in parlamentarischen Vertretungen auf allen politischen Ebenen. Außerdem enthält die Finanzordnung Bestimmungen zur Buchführung und Rechnungslegung einschließlich der Kassenprüfung. Hierzu gehören auch Angaben zur Gliederung der Einnahme- und Ausgabenrechnung sowie zur Vermögensrechnung gemäß § 24 des Parteiengesetzes.

§ 14.27 Der Bundesvorstand kann für bestimmte Arbeitsgebiete die Bildung von Arbeitsgruppen (AGs) beschließen.

§ 15 MÖGLICHE ORDNUNGSMASSNAHMEN

§ 15.1 Der Bundesvorstand sowie die Gebietsvorstände haben das Recht und die Pflicht, Mitglieder bei Verstößen gegen die Bundessatzung, die satzungsrelevanten Ordnungen, das Grundsatzprogramm oder gegen die Ordnung der Partei zu maßregeln.

§ 15.2 Der Bundesvorstand sowie die Gebietsvorstände können Ordnungsmaßnahmen je nach Schwere der Pflichtverletzung bzw. des Verstoßes folgende Ordnungsmaßnahmen ergreifen:

- a) Erteilung einer Rüge
- b) Erteilung einer Verwarnung mit Androhung weiterer Ordnungsmaßnahmen

- c) Sofortmaßnahmen gemäß der Schiedsordnung der Schiedsgerichte der Partei Mensch Umwelt Tierschutz gemäß § 33 und § 34 (für Gebietsvorstände kommen hierbei die nachgeordneten Gliederungen in Betracht)

§ 15.3 Eine leichte Pflichtverletzung oder ein leichter Verstoß liegt vor, wenn ein Mitglied:

- a) gegen das Grundsatzprogramm, die Satzung und satzungsrelevante Parteiordnungen fahrlässig verstoßen hat,
- b) sich in der Öffentlichkeit gegen die im Grundsatzprogramm erklärten grundsätzlichen Werte, Ziele und politischen Leitsätze der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ geäußert hat,
- c) nachweislich das Ansehen der Partei fahrlässig geschädigt hat,
- d) als Funktionsträger die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden und ihm übertragenen Aufgaben in fahrlässiger Weise missachtet hat und dadurch ein materieller oder immaterieller Schaden für die Partei eingetreten ist oder aller Wahrscheinlichkeit nach eintreten wird,
- f) ordnungsgemäß gefasste Beschlüsse nicht anerkannt hat.

§ 15.4 Für o.g. Fälle kommen Ordnungsmaßnahmen gemäß § 2 a und b in Betracht.

§ 15.5 Eine schwerwiegende Pflichtverletzung oder ein schwerer Verstoß liegt vor, wenn ein Mitglied:

- a) gegen das Grundsatzprogramm, die Satzung und satzungsrelevante Parteiordnungen grob fahrlässig oder vorsätzlich und wiederholt verstoßen hat,
- b) sich in der Öffentlichkeit gegen die im Grundsatzprogramm erklärten grundsätzlichen Werte, Ziele und politischen Leitsätze der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wiederholt geäußert hat,
- c) nachweislich das Ansehen der Partei grob fahrlässig oder vorsätzlich geschädigt hat,
- d) als Funktionsträger die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden und ihm übertragenen Aufgaben in grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Weise missachtet hat und dadurch ein materieller oder immaterieller Schaden für die Partei eingetreten ist oder aller Wahrscheinlichkeit nach eintreten wird,
- f) ordnungsgemäß gefasste Beschlüsse wiederholt nicht anerkannt hat.

§ 15.6 Für o.g. Fälle kann der Bundesvorstand oder der Vorstand des Gebietsverbandes, dem das betreffende Mitglied angehört, beim Schiedsgericht der Landesverbände oder beim Bundesschiedsgericht einen Antrag auf ein Verfahren und die Verhängung der unten aufgeführten Ordnungsmaßnahmen stellen:

- a) Erteilung einer Rüge oder Verwarnung mit Aufforderung der Unterlassung und Androhung weiterer Ordnungsmaßnahmen im Wiederholungsfall,
- b) die zeitweilige Aberkennung des Rechts auf Bekleidung von Parteiämtern bis zu einer Dauer von 12 Monaten,
- c) das befristete Ruhen einzelner oder aller Mitgliedsrechte für die Dauer von bis zu 24 Monaten.

§ 15.7 Der Bundesvorstand sowie die Gebietsvorstände können beim Schiedsgericht der Landesverbände oder beim Bundesschiedsgericht einen Antrag auf Parteiausschluss stellen, wenn ein Mitglied:

- a) zugleich Mitglied einer anderen Partei ist oder einer anderen politischen, mit der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ konkurrierenden Vereinigung angehört,
- b) Parteivermögen veruntreute, Sachwerte der Partei unterschlagen hat oder nach Aufforderung der Herausgabe durch den zuständigen Gebietsverband einbehalten oder vorsätzlich beschädigt hat,
- c) auf Anfrage verschwiegen hat, wenn er durch Richterspruch die Wählbarkeit oder das Wahlrecht aufgrund einer strafbaren Handlung verloren hat,
- d) die Mitgliederkartei durch Weitergabe von Adressmaterial an Dritte in schwerwiegender Weise missbrauchte oder sie zu persönlichen wirtschaftlichen Zwecken selbst genutzt hat,
- e) Geschäftspapier der Partei ohne Amt und Auftrag wiederholt verwendet hat, um Befugnisse vorzutäuschen, die er nicht besaß,
- f) ordnungsgemäß gefasste Beschlüsse trotz einer Rüge oder Verwarnung durch den Bundesvorstand oder einen nachgeordneten Gebietsvorstand oder durch ein Parteischiedsgericht wiederholt nicht anerkannt hat.
- g) Im Übrigen gilt, dass namentlich unsolidarisches Verhalten wie etwa beleidigende, ehrenrührige oder herabwürdigende Äußerungen anderen Parteimitgliedern direkt gegenüber bzw. über andere Parteimitglieder innerhalb und außerhalb der Partei eine Ordnungsmaßnahme rechtfertigen und im Falle eines hieraus entstehenden Ansehensverlustes auch ein hinreichender Grund für einen Parteiausschluss gegeben ist.

§ 15.8 In Fällen, in denen eine schwere Schädigung der Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist und das Parteiinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert, können sowohl der zuständige Gebietsvorstand als auch der Bundesvorstand das Ruhen aller oder einzelner Rechte aus der Mitgliedschaft für längstens sechs Monate und/oder Amtsenthebungen für längstens 6 Monate anordnen.

§ 15.9 Der Beschluss über die Sofortmaßnahme ist mit einer Begründung und Unterschrift der Vertretungsberechtigten (Bundesvorsitzende gemeinsam, Landesvorsitzender und sein Stellvertreter) zu versehen und dem/den Betroffenen innerhalb von 4 Werktagen schriftlich (per Einschreiben) zuzustellen.

§ 15.10 Nach der Sofortmaßnahme muss unmittelbar ein Parteiausschlussverfahren beim zuständigen Schiedsgericht eingereicht werden.

§ 15.11 Über eine weitere Fortdauer der Sofortmaßnahme ist nach Ablauf der Frist oder der Aufhebung durch das angerufene Schiedsgericht erneut durch den zuständigen Gebietsvorstand oder den Bundesvorstand zu entscheiden. Der Beschluss über die Fortdauer der Sofortmaßnahme ist mit einer Begründung und Unterschrift der Vertretungsberechtigten (Bundesvorsitzende gemeinsam, Landesvorsitzender und sein Stellvertreter) zu versehen und dem Betroffenen sowie dem beteiligten Schiedsgericht schriftlich zuzustellen.

§ 15.12 Die Auflösung und der Ausschluss nachgeordneter Gebietsverbände sowie die Amtsenthebung ganzer Organe derselben sind nur wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei zulässig.

§ 15.13 Bevor ein Gebietsverband aufgelöst wird, hat als Konfliktbewältigung die Amtsenthebung des jeweiligen Vorstandes zu erfolgen.

§ 15.14 Ein schwerwiegender Verstoß, der die Anwendung von § 16 PartG. erlaubt, liegt vor, wenn

- a) ein Gebietsvorstand sich öffentlich und wiederholt gegen den im Grundsatzprogramm festgelegten Grundkonsens (programmatische Zielsetzungen) ausspricht,
- b) mit Parteien oder Wählergemeinschaften, die gegen die Grundsätze des Grundgesetzes und der Menschenrechte sowie der Menschenwürde verstoßen, Wahlbündnisse geschlossen werden oder wenn in einem Parlament mit diesen eine Fraktionsgemeinschaft gebildet oder mit diesen zusammengearbeitet wird,
- c) selbst rechts- oder linksradikales, nationalsozialistisches oder rassistisches Gedankengut vertreten und in der Öffentlichkeit verbreitet wird,
- d) ordnungsgemäß gefasste Beschlüsse trotz mehrfacher Rügen und Verwarnungen durch den Bundesvorstand oder durch einen nachgeordneten Gebietsvorstand oder durch ein Parteischiedsgericht wiederholt nicht anerkannt werden und dadurch die Partei-interne Ordnung untergraben wird.

§ 15.15 Wenden der Bundesvorstand oder ein Gebietsvorstand § 16 PartG. an, muss die Maßnahme auf dem nächsten Bundesparteitag bestätigt werden. Erfolgt keine Bestätigung, tritt sie außer Kraft.

§ 15.16 Ordnungsmaßnahmen können generell auch nebeneinander verhängt werden.

§ 15.17 Für sonstige Streitfälle und Verfahrensweisen, die in dieser Regelung über Ordnungsmaßnahmen unerwähnt blieben, kommt die Schiedsordnung der Schiedsgerichte der Partei Mensch Umwelt Tierschutz und das Parteiengesetz sinngemäß zur Anwendung.

§ 16 DIE SCHIEDSGERICHE DER PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

§ 16.1 Die Parteigerichtsbarkeit wird durch das Schiedsgericht der Landesverbände und die erste und zweite Kammer des Bundesschiedsgerichts ausgeübt. Die Schiedsgerichte der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sind Schiedsgerichte im Sinne des Parteiengesetzes. Sie nehmen diejenigen Aufgaben wahr, die durch das Parteiengesetz, Satzung und satzungsrelevante Ordnungen der Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ vorgesehen sind. Sie treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage der Satzung, der Schiedsordnung und des Parteiengesetzes.

§ 16.2 Die Mitglieder der Schiedsgerichte sollten möglichst verschiedenen Landesverbänden angehören.

§ 16.3 Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte haben bei Bundesparteitagen beratende Funktion hinsichtlich Verfahrensfragen. Werden sie zu Bundesvorstandssitzungen eingeladen, haben sie bezüglich Verfahrensfragen, der Auslegung des Parteiengesetzes, der Parteisatzung und sonstiger Parteiordnungen beratende Funktion.

§ 16.4 Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte sind kraft ihres Amtes Delegierte beim Bundesparteitag, sofern dieser als Delegiertenparteitag abgehalten wird.

§ 16.5 Die Geschäftsordnungen der Schiedsgerichte ergeben sich aus der Schiedsordnung der Schiedsgerichte der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

§ 16.6 Alles Weitere – wie z.B. Wahlen der Mitglieder der Schiedsgerichte, Zuständigkeiten, Verfahrensabläufe, anzuwendenden Ordnungsmaßnahmen usw. - regelt die Schiedsordnung der Schiedsgerichte der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, die Teil dieser Satzung ist.

§ 17 DER RAT DER LANDESVORSITZENDEN

§ 17.1 Die jeweils amtierenden Landesvorsitzenden der Partei Mensch Umwelt Tierschutz bilden Kraft ihres Amtes den ständigen Rat der Landesvorsitzenden. Die Anzahl der Mitglieder ergibt sich aus der Anzahl der amtierenden Vorsitzenden in den Landesverbänden der Partei.

§ 17.3 Die Mitglieder des Rates der Landesvorsitzenden wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§ 17.4 Der Rat der Landesvorsitzenden entscheidet über die Zulassung von Gästen zu seinen Sitzungen. Insbesondere Mitglieder des Bundesvorstandes und der Landesvorstände dürfen hierzu Vorschläge machen, die auf Wunsch der Vorschlagenden an alle Mitglieder des Rates der Landesvorsitzenden weiterzuleiten sind.

§ 18 DIE AUFGABEN DES RATES DER LANDESVORSITZENDEN

§ 18.1 Der Rat der Landesvorsitzenden hat die Aufgabe, zusammen mit dem Bundesvorstand über die grundlegende Strategie und die Ziele sowie über Kampagnen und Aktionen zu entscheiden und bei grundlegenden Fragen, die Satzung, satzungsrelevante Ordnungen und Parteiprogramm betreffen, stimmberechtigt mitzuwirken.

§ 18.2 Reine Verwaltungsvorgänge der Partei fallen nicht in den Aufgabenbereich des Rates der Landesvorsitzenden.

§ 18.3 Der Rat der Landesvorsitzenden gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 18.4 Der Rat der Landesvorsitzenden sollte mindestens ein Mal jährlich tagen.

§ 18.6 Der Vorsitzende des Rates der Landesvorsitzenden ist kraft seines Amtes Delegierter beim Bundesparteitag, sofern dieser als Delegiertenparteitag abgehalten wird.

§ 19 DIE KASSENPRÜFER

§ 19.1 Die Kassenprüfer stellen durch eine Prüfung der Buchhaltung fest, ob das Parteivermögen in einem festgelegten Zeitraum ordnungsgemäß verwaltet wurde und Einnahme- und Ausgaberechnung den Vorschriften einer ordnungsgemäßen Buchhaltung entspricht. Sie erstatten dem Bundesparteitag mindestens alle 2 Jahre darüber Bericht.

§ 19.2 Der Prüfungsbericht ist eine Entscheidungsgrundlage für die Mitglieder auf dem Bundesparteitag, die über die Entlastung des Bundesvorstandes entscheiden. Durch die Entlastung spricht der Bundesparteitag dem Bundesvorstand das Vertrauen aus, legitimiert die getätigten Rechtsgeschäfte, sofern dies nicht schon durch vorherigen Bundesparteitagsbeschluss geschah, und verzichtet auf nachträgliche Schadensersatzforderungen.

§ 19.3 Den Kassenprüfern kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden. Der Bundesparteitag ist darüber in Kenntnis zu setzen.

§ 19.4 Die Kassenprüfer werden für die Dauer von 2 Jahren gewählt.

§ 19.5 Die Wahl der Kassenprüfer wird durch die Wahlordnung der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ geregelt, die Teil dieser Satzung ist.

§ 20 DIE AUFGABEN DER KASSENPRÜFER

§ 20.1 Mindestens alle 2 Jahre ist von den Kassenprüfern eine Rechnungsprüfung durchzuführen.

§ 20.2 Die Kassenprüfer stellen fest, ob die Einnahme- und Ausgaberechnung sowie die Vermögensaufstellung den Vorschriften einer ordnungsgemäßen Buchhaltung entsprechen.

§ 20.3 Liegen den Kassenprüfern konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die in der Einnahme- und Ausgaberechnung sowie in der Vermögensaufstellung enthaltenen Angaben unrichtig sind, geben sie der Bundesschatzmeisterei bzw. den Landesschatzmeistereien Gelegenheit zur Stellungnahme und Korrektur.

§ 20.4 Wurden unrichtige Angaben festgestellt, sind diese zu dokumentieren und innerhalb einer angemessenen Frist zu berichtigen.

§ 20.5 Über die Prüfungen sind Niederschriften anzufertigen, die von den Kassenprüfern zu unterschreiben und mindestens 10 Jahre gemäß § 24 Abs. 2, PartG neben den Rechnungsunterlagen aufzubewahren sind.

§ 20.6 Die Kassenprüfer tragen auf dem Bundesparteitag nach dem finanziellen Teil des Rechenschaftsberichts des Bundesvorstandes ihren Prüfbericht vor. Soweit keine Mängel zu beanstanden waren, schlagen sie die Entlastung des Vorstandes vor.

§ 21 DIE PROGRAMM- UND SATZUNGSKOMMISSION

§ 21.1 Eine Programm- und Satzungskommission auf Bundesebene ist nach Möglichkeit einzurichten.

§ 21.2 Der Bundesvorstand bestimmt die Mitglieder und den Leiter sowie den stellvertretenden Leiter der Programm- und Satzungskommission. In der Programm- und Satzungskommission sollten die nachgeordneten Gebietsverbände möglichst paritätisch vertreten sein.

§ 21.3 Der Bundesvorstand hat das Recht, Mitglieder der Kommission bei berechtigten Gründen (mangelhafte Mitarbeit, fehlende Kompetenz usw.) zu entlassen.

§ 21.4 Die Bundesvorsitzenden gehören der Programm- und Satzungskommission an.

§ 21.5 Den Mitgliedern der Programm- und Satzungskommission kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 22 DIE AUFGABEN DER PROGRAMM- UND SATZUNGSKOMMISSION

§ 22.1 Die Programm- und Satzungskommission ist für die Ausarbeitung und Weiterführung (Aktualisierung und Komplettierung) des Grundsatzprogramms, der Bundessatzung sowie - mit Ausnahme der Finanzordnung - der satzungsrelevanten Ordnungen zuständig. Ihre Mitglieder sollten sachverständig (profunde Kenntnisse über das Parteiengesetz und der politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland) sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen.

§ 22.2 Der Tierschutzteil des Grundsatzprogramms kann auf einem Bundesparteitag nur dann geändert werden, wenn diese Änderung insgesamt zu einer - über die bisherigen Forderungen hinausgehenden - Verbesserung für die Situation der Tiere führt.

§ 22.3 Die Programm- und Satzungskommission nimmt in beratender Funktion an der Erarbeitung und Fortschreibung von Landessatzungen teil. Die Landessatzungen dürfen der Bundessatzung in keinem Punkt widersprechen. Widersprechende Passagen sind unwirksam; es gelten die entsprechenden Bestimmungen der Bundessatzung.

§ 22.4 Die Programm- und Satzungskommission nimmt Anregungen und Anträge von allen Organen der Partei und von allen Parteimitgliedern entgegen. Ihr obliegt die vorläufige Entscheidung über die Einbeziehung der eingereichten Anregungen und Anträge in das Grundsatzprogramm bzw. in die Bundessatzung sowie in die satzungsrelevanten Ordnungen.

§ 22.5 Die Programm- und Satzungskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 23 DIE ANTRAGSKOMMISSION

§ 23.1 Nach Möglichkeit ist unmittelbar nach Ankündigung jedes Bundesparteitages eine Antragskommission auf Bundesebene einzurichten.

§ 23.2 Die Antragskommission ist dem Bundesvorstand nicht weisungsgebunden.

§ 23.3 Die Antragskommission kann aus bis zu 16 Mitgliedern bestehen. Sie ist ab 5 Mitgliedern funktionsfähig. Jeder Landesvorstand kann eine delegierte Vertrauensperson aus seinem Landesverband bestimmen.

§ 23.4 Alle Mitglieder der Antragskommission haben in der Beschlussfassung über die eingereichten Anträge gleiches Stimmrecht.

§ 23.5 Den Mitgliedern der Antragskommission kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 24 DIE AUFGABEN DER ANTRAGSKOMMISSION

§ 24.1 Zum Zweck der ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung des Bundesparteitages überprüft die Antragskommission die eingegangenen Anträge auf ihre formale und satzungskonforme Zulässigkeit (satzungsgemäßes Zustandekommen, Formfehler, Verstöße gegen das deutsche Parteiengesetz, Grundgesetz und sonstige Gesetze, inhaltliche Verstöße gegen Satzung und Grundsatzprogramm sowie unwahre oder rufschädigende Inhalte) und gibt dem Bundesparteitag eine der folgenden Empfehlungen zur Behandlung der Anträge:

- a) Abstimmung durch den Bundesparteitag mit Reihenfolge der Behandlung und eventuell mit einer Zeitvorgabe,
- b) Weiterleitung an die Programmkommission zwecks Bearbeitung,
- c) Weiterleitung an die Satzungskommission zwecks Bearbeitung,
- d) Weiterleitung an (zu benennende) Bundesarbeitskreise zwecks Bearbeitung,
- e) Nichtbefassung bzw. Nichtzulassung

§ 24.2 Die Antragskommission hat das Recht, zu lange Begründungen auf ein angemessenes Maß zu kürzen. Dem Antragsteller und dem Bundesparteitag ist die vorgenommene Kürzung mitzuteilen.

§ 24.3 Die Antragskommission kann § 11.6 Bundessatzung anwenden.

§ 24.4 Die Antragskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 25 DIE BUNDESARBEITSKREISE (BAKs)

§ 25.1 Nach dem Parteiengesetz ist eine Partei verpflichtet, Bundesarbeitskreise einzurichten. Dieser Verpflichtung kommt die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ nach.

§ 25.2 Der Bundesparteitag beschließt für bestimmte Sachgebiete in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gemäß dieser Satzung die Bildung von Arbeitskreisen auf Bundesebene.

§ 25.3 Bundesarbeitskreise sollten nach Möglichkeit zu den wichtigsten politisch relevanten Themenbereichen, insbesondere zu Schwerpunktthemen aus dem Grundsatzprogramm, gebildet werden.

§ 25.4 Die Mitglieder von Bundesarbeitskreisen müssen sachverständig sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen.

§ 25.5 Für Bundesarbeitskreise sind auch Nichtparteimitglieder in beratender Funktion zugelassen.

§ 25.6 Der Bundesvorstand benennt die Mitglieder und die Leiter der Bundesarbeitskreise. Sie werden für die Dauer von 2 Jahren von den Mitgliedern des Bundesvorstandes berufen.

§ 25.7 Den Mitgliedern der Bundesarbeitskreise kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 25.8 Der Bundesvorstand hat das Recht, die Mitglieder von Bundesarbeitskreisen mit schriftlicher Begründung vorzeitig zu entlassen.

§ 26 DIE AUFGABEN DER BUNDESARBEITSKREISE

§ 26.1 Die Bundesarbeitskreise unterstützen mit ihrer Arbeit den Bundesvorstand als kompetente Ansprechpartner für das jeweilige Sachgebiet.

§ 26.2 Den Bundesarbeitskreisen obliegt die Aufgabe, zu ihren Schwerpunktthemen Informationsmaterial zu entwickeln und Kampagnen oder Aktionen auszuarbeiten und mit Einverständnis des Bundesvorstandes durchzuführen.

§ 26.3 Für die Weiterführung des Grundsatzprogramms liefern die Arbeitskreise Ergebnisse zu ihrem jeweiligen Themenbereich.

§ 26.4 Die Bundesarbeitskreise bzw. deren Leiter haben die Pflicht, ein Mal pro Jahr dem Bundesvorstand schriftlich einen Rechenschaftsbericht über den Stand ihrer Arbeit vorzulegen.

§ 26.5 Die Bundesarbeitskreise geben sich eine Geschäftsordnung.

§ 27 DIE BUNDESARBEITSGRUPPEN (BAGs)

§ 27.1 Bundesarbeitsgruppen unterstehen dem Bundesvorstand. Ihre Mitglieder und freien Mitarbeiter sollen aufgrund von besonderen Kenntnissen und praktischen Erfahrungen dem Bundesvorstand zuarbeiten.

§ 27.2 Der Bundesvorstand beruft und entlässt den Leiter, die Mitglieder und die freien Mitarbeiter der Bundesarbeitsgruppen.

§ 27.3 Für Bundesarbeitsgruppen sind auch Nichtparteimitglieder zugelassen. Sie haben das Recht, sich an der politischen Arbeit und an Diskussionen in der Partei zu beteiligen.

§ 27.4 Den Mitgliedern der Bundesarbeitsgruppen kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorsitzenden empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 27.5 Die Mitarbeit endet:

- a) durch Erklärung des freien Mitarbeiters gegenüber der Bundesgeschäftsstelle,
- b) durch Beschluss des Bundesvorstandes bei unzureichender Mitarbeit,
- c) bei Verstoß gegen Satzung und Grundsatzprogramm der Partei.

§ 28 DIE AUFGABEN DER BUNDESARBEITSGRUPPEN

§ 28.1 Die Mitglieder der Bundesarbeitsgruppen sollen in bestimmten Bereichen (Parteiwerbung, Wahlwerbung, sonstige Druckerzeugnisse, die im Namen der Partei erstellt werden oder mit Partei-Logo versehen sind) den Bundesvorstand, die Gebietsvorstände und in Kampagnen oder Aktionen involvierte Mitglieder aufgrund ihrer beruflichen bzw. fachlichen Qualifikation sowie aufgrund ihrer Erfahrungen unterstützen.

§ 28.2 Druckerzeugnisse, die im Namen der Partei erstellt werden und/oder mit Partei-Logo versehen sind, werden von der Bundesarbeitsgruppe „PR & Wahlen“ mit den jeweiligen Gebietsverbänden gemeinsam abgestimmt.

§ 28.3 Die Gebietsverbände sind verpflichtet, die Bundesarbeitsgruppen bei Vorhaben, die ihre Arbeitsbereiche tangieren, in beratender Funktion einzubeziehen. Die Bundesarbeitsgruppen unterbreiten Vorschläge und Entwürfe und unterstützen den jeweiligen Gebietsverband bei der Durchführung der Vorhaben.

§ 28.4 Bei differierenden Meinungen von Bundesvorstand und Landesvorständen zu denen der Bundesarbeitsgruppen ist den Empfehlungen der Bundesarbeitsgruppen aufgrund der beruflichen bzw. fachlichen Qualifikation ihrer Mitglieder Vorrang zu gewähren. Im Zweifelsfall wird eine Entscheidung durch Abstimmung (schriftlich oder per Telefonkonferenz) mit den Bundesvorsitzenden, dem Vorsitzenden des Parteirates, dem Leiter der zuständigen AG und dem Vorsitzenden des betreffenden Gebietsverbandes herbeigeführt.

§ 28.5 Die Bundesarbeitsgruppen sind verpflichtet, den Bundesvorstand über Anfragen und Projekte für Gebietsverbände oder Parteiorgane zu unterrichten.

§ 29 WAHLORDNUNGEN

§ 29.1 Die Wahlordnungen der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ müssen den gesetzlichen Bestimmungen (Parteiengesetz, Bundeswahlgesetz, Landes- und Kommunalwahlgesetze) genügen. Weitere Einzelheiten sind in der Wahlordnung geregelt, die Teil dieser Satzung ist.

§ 29.2 Die vom Bundesparteitag in offener Abstimmung gewählten Vertrauensleute haben die Wahlvorschläge für Wahlen zu Volksvertretungen zu unterzeichnen. Stellen sich keine Vertrauensleute zur Wahl, sind zwei zu bestimmende Mitglieder des amtierenden Bundesvorstandes als Vertrauensleute zur Unterzeichnung der Wahlvorschläge befugt.

§ 29.3 Stellen sich in einem nachgeordneten Gebietsverband, in dem Wahlen stattfinden, keine Vertrauensleute zur Verfügung, sind zwei zu bestimmende Mitglieder des amtierenden Vorstands zur Unterzeichnung der Wahlvorschläge befugt.

§ 29.5 Über Listenverbindungen mit anderen Parteien oder Wählervereinigungen bei Wahlen zu Landes- oder Kommunalparlamenten entscheidet der zuständige Landesverband durch eine/n

Landesparteitag/Mitgliederversammlung, falls weder ein Gesetz noch die Satzung des entsprechenden Landesverbandes hierzu eine andere Regelung enthält. Der Bundesvorstand hat ein Vetorecht, wenn eine gemeinsame Liste mit Parteien oder Wählervereinigungen aufgestellt werden soll, die gegen die Grundsätze des Grundgesetzes und der Menschenrechte sowie der Menschenwürde verstoßen und rechts- oder linksradikales, nationalsozialistisches oder rassistisches Gedankengut vertreten und in der Öffentlichkeit verbreiten, falls kein Gesetz dem entgegensteht.

§ 30 PROTOKOLLE

§ 30.1 Über Sitzungen der Gremien des Bundesverbandes sind Protokolle zu führen, die von den Schriftführern und Versammlungsleitern mit Unterschrift zu beurkunden sind, dies betrifft Bundesparteitage, Vorstandssitzungen, Sitzungen des Rates der Landesvorsitzenden, Sitzungen der Satzungs- und Programmkommission sowie der Bundesschiedsgerichte. Dies gilt auch für die Sitzungen der Gremien der untergeordneten Gebietsverbände, deren Satzungen hierzu keine anderen Regelungen enthalten.

§ 30.2 Die Protokolle von Bundesparteitagen, Landesparteitagen, Mitgliederhauptversammlungen, Bundesvorstandssitzungen, Sitzungen des Rates der Landesvorsitzenden, Sitzungen der Satzungs- und Programmkommission sind unaufgefordert und möglichst zeitnah der Bundesgeschäftsstelle nach den jeweiligen Versammlungen zur Archivierung zu übersenden.

§ 30.3 Der Bundesvorstand hat nur im Ausnahmefall und durch Beschluss des Bundesschiedsgerichts das Recht, Einladungen zu Vorstandssitzungen und Vorstandsprotokolle nachgeordneter Gebietsverbände einzusehen. Gegen den Beschluss des Bundesschiedsgerichts ist kein Einspruch möglich.

§ 30.4 Über die Form der Abfassung (Verlaufs- oder Ergebnisprotokolle) der Protokolle entscheiden der Versammlungsleiter und der Schriftführer des jeweiligen Gremiums.

§ 30.5 Das Weitere regeln die jeweiligen Geschäftsordnungen.

§ 31 URABSTIMMUNG

§ 31.1 Neben Urabstimmungen über die Auflösung oder Verschmelzung mit einer anderen Partei können Urabstimmungen auch über wichtige politische und organisatorische Sachfragen durchgeführt werden. Anträge mit Begründung sind in alternativer Form (Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten) zu formulieren und bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen. Eine Ablehnung seitens des Bundesvorstandes aus triftigen Gründen (Verstoß gegen geltendes Recht, Programm und Satzung) ist möglich. Gegen die Ablehnung ist ein Einspruch beim Bundesschiedsgericht möglich.

§ 31.2 Urabstimmungen werden durchgeführt:

- a) auf Beschluss des Bundesparteitages oder des Bundesvorstandes,
- b) auf Antrag von mindestens der Hälfte aller Gebietsverbände durch Beschluss der Landesparteitage (oder Mitgliederversammlungen), Kreisparteitage,
- c) auf Antrag von mindestens 20 Prozent der Mitglieder.

§ 31.3 Nach Zulassungsbeschluss einer Urabstimmung müssen die abzustimmenden Fragen per Brief mit frankiertem Rückumschlag allen Mitgliedern der Partei zugesandt werden. Die mit Unterschrift versehenen Stimmzettel müssen der Bundesgeschäftsstelle innerhalb von 6 Wochen zugegangen sein.

§ 31.4 Das Abstimmungsergebnis ist nach den allgemeinen Grundsätzen für politische Abstimmungen festzustellen. Die Auszählung erfolgt durch Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, eine Vertrauensperson der/des Antragsteller/s, den Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts und 2 Vertreter des Bundesvorstandes. Die bei der Auszählung Anwesenden sind zur Vertraulichkeit verpflichtet. Die Stimmzettel sind für die Dauer von 2 Jahren aufzubewahren.

§ 31.5 Bei Urabstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

§ 31.6 Das Abstimmungsergebnis ist in der darauf folgenden Ausgabe der Mitgliederzeitschrift bekannt zu geben. Die Abstimmung hat bindende Wirkung, solange der Bundesparteitag danach nicht mit 2/3-Mehrheit anders entscheidet.

§ 32 AUFLÖSUNG UND VERSCHMELZUNG

§ 32.1 Über die Auflösung der Partei entscheidet der Bundesparteitag mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf ordnungs- und satzungsgemäßen Antrag. Dieser kann kein Initiativantrag sein. Über die Verschmelzung der Partei (mit einer oder mehreren Parteien oder Organisationen) entscheidet der Bundesparteitag mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf ordnungs- und satzungsgemäßen Antrag. Dieser kann kein Initiativantrag sein.

§ 32.2 Wenn die Auflösung oder Verschmelzung der Partei auf einem Delegiertenparteitag beschlossen wurde, muss dieser Beschluss durch einen Sonderparteitag (kein Delegiertenparteitag) durch eine Mehrheit gemäß § 32.1 bestätigt werden. Wird der Beschluss nicht bestätigt, tritt der Beschluss des Delegiertenparteitags außer Kraft.

§ 32.3 Dem Beschluss des Bundesparteitages kann eine Urabstimmung zur Meinungsfindung der Parteibasis vorausgehen.

§ 32.4 Die Zeitspanne für die Stimmabgabe bei einer Urabstimmung beträgt 4 Wochen.

§ 32.5 Verantwortlich für die korrekte und satzungsgemäße Ausführung der Urabstimmung sowie für die Stimmauszählung und die Feststellung des Ergebnisses sind der Bundesvorstand und das Bundesschiedsgericht.

§ 32.6 Die Auszählung erfolgt durch Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, einer Vertrauensperson der Antragsteller, des Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts und zwei Vertretern des Bundesvorstandes. Die bei der Auszählung Anwesenden sind zur Vertraulichkeit verpflichtet.

§ 32.7 Im Falle und zum Zeitpunkt der Auflösung der Partei wird vom Bundesparteitag entschieden, welche Organisationen das vorhandene Parteivermögen erhalten sollen.

§ 32.8 Im Falle der Verschmelzung mit einer oder mehreren Parteien oder Organisationen wird das Parteivermögen in die neue Organisationsform eingebracht.

§ 32.9 In den beiden letztgenannten Fällen unterliegt die Beschlussfassung den in dieser Satzung festgelegten Abläufen.

§ 33 NUTZUNGSBESTIMMUNGEN VON MITGLIEDER- UND MAILINGLISTEN

§ 33.1 Zur Durchführung von Verwaltungsaufgaben und zur innerparteilichen Organisation und Kommunikation haben Einsicht in Mitgliederlisten:

- a) die Mitglieder des erweiterten Präsidiums des Bundesvorstandes (Gesamtmitgliederliste, sonstige Listen),
- b) die Mitglieder der Präsidien der nachgeordneten Gebietsvorstände (Mitgliederliste des Gebietsverbandes, dem sie angehören),
- c) die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstellen des Bundesverbandes (alle Listen),
- d) sonstige Funktionsträger mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidiums des Bundesvorstandes.

§ 33.2 Die Mailinglisten der Partei dienen Verwaltungszwecken, der Kommunikation des Bundesvorstandes mit nachgeordneten Gebietsvorständen und der Parteibasis sowie der Kommunikation zwischen den Vorsitzenden und ihren Stellvertretern der Gebietsverbände. Eine weitere Erstellung und Verwendung von Mailinglisten innerhalb der Partei, die über den eigenen Gebietsverband hinausgehen, ist mit dem Bundesvorstand abzusprechen und von diesem zu genehmigen.

§ 34 ÜBERGANGSREGELUNGEN

§ 34.1 Solange sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz noch nicht in allen politischen Gliederungen der Bundesrepublik Deutschland konstituiert hat, kann der zuständige übergeordnete Gebietsverband kommissarische Gebietsbeauftragte zur Vorbereitung der Gründung eines nachgeordneten Gebietsverbandes einsetzen.

§ 34.2 Wenn einzelne Gebietsverbände oder Gebietsvorstände noch nicht bestehen, gehen ihre satzungsmäßigen Aufgaben und Zuständigkeiten auf den unmittelbar übergeordneten Gebietsverband - vertreten durch seinen Vorstand - über.

§ 34.3 Bis entsprechende Landessatzungen der jeweiligen Landesverbände verabschiedet sind, gelten die Vorschriften dieser Bundessatzung sinngemäß für alle nachgeordneten Gebietsverbände.

§ 34.4 Für sonstige Regelungen und Verfahrensweisen, die in dieser Satzung unerwähnt blieben, kommt das Parteiengesetz sinngemäß zur Anwendung.

§ 35 AUSLEGUNG DES PARTEIENGESETZES

§ 35.1 In der Auslegung des Parteiengesetzes und in allen strittigen Fragen dazu werden die Kommentare zum Parteiengesetz von Jörn Ipsen, Heike Jochum, Thomas Koch, Frank Saliger und Katrin Stein (Verlag C. H. Beck, München) herangezogen.

§ 36 INKRAFTTRETEN

§ 36.1 Satzungsänderungen treten nach ihrer jeweiligen Verabschiedung mit sofortiger Wirkung in Kraft.